

Czechische Ein- und Ausfuhrzölle.

Wien, 30. Januar.

Der czecho-slowakische Staat belegt nach einer von der Prager Ein- und Ausfuhrkommission ausgegebenen Verordnung die gesamte Ein- und Ausfuhr mit einer die Stelle eines Zolles vertretenden "Manipulationsgebühr" von einem halben Prozent des Fakturenbetrages. Gesuche um Bewilligung der Ein- oder Ausfuhr sind von Erzeugern, Händlern oder Konsumenten auf eigenen Formularen, welche eine Krone per Stück kosten, mit drei Kronen Stempel versehen, bei der genannten Kommission oder deren Exposituren (genannt Neben- und Kontrollämter) einzureichen, welche hierüber nach freiem Ermessen entscheiden und die Bewilligung an Bedingungen knüpfen können, welche im Interesse der czechischen Volkswirtschaft, bei der Einfuhr insbesondere zum Schutze der heimischen Konkurrenz als notwendig erachtet werden. Gleichzeitig mit dem Gesuche ist die erwähnte Manipulationsgebühr einzusenden. Bei der Ausfuhr von Kohle kann die Gebühr nach der Ausstellung der Ausfuhrbescheinigung und Bestätigung des Frachtbriefes bar entrichtet werden. Hiernach ist also auch die Ausfuhr von Kohle aus dem czecho-slowakischen Staate einem Zoll unterworfen. Die für die ausgeführten Waren erhaltene fremde Valuta ist an die in der Ausfuhrbescheinigung vorgeschriebene Anstalt abzuführen. Uebertretungen der Verordnungen wie Verheimlichung auch nur eines Teiles der erlösten fremden Valuta, unrichtige Angabe der Fakturenbeträge usw. werden nach den Strafvorschriften des Gebührengesetzes geahndet.

Die Erhöhung des Aufgeldes für Zölle in Böhmen.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Prag, 30. Januar.

Durch Verordnung des Finanzministeriums wurden laut "Narodni Listy" die Zollsätze, soweit sie in Kronenwährung gezahlt werden, auf 200 Prozent erhöht. Bisher betrug diese Erhöhung nur 150 Prozent. Ueberdies hat die Regierung einen Entwurf vorgelegt, durch welchen der Finanzminister erwächtigt wird, daß einzelne Zölle in Francs (1 K. = 1 Franc) eingehoben werden. Des weiteren wird der Finanzminister ermächtigt, die Zölle für unentbehrliche Bedarfsartikel für den czecho-slowakischen Staat zu ermäßigen oder ganz aufzuheben.

Verlangen nach Auslandspässen für die czechische Kaufmannschaft.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Prag, 30. Januar.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung haben Dr. Boucel und Genossen eine Interpellation an den Ministerpräsidenten gerichtet, worin es heißt: Das Interesse von Handel und Industrie erfordert es, daß die Kaufleute Beziehungen zum Ausland aufknüpfen. Zu diesem Behuf verlangen sie Pässe. Der Finanzminister hat sich ansbedungen, persönlich darüber zu entscheiden, ob jemandem ein Paß ausgefertigt werden solle oder nicht. Gründe für seine abweisende Entscheidung gibt er nicht an. Das ist eine Rechtsmacht, die, wenn sie nicht sehr vorsichtig angewendet wird, das Ansehen dieses Amtes und der ganzen Regierung bedrohen kann. Denn es entsteht leicht der Verdacht, daß Kaufleute und Industrielle einer Gruppe favorisiert werden. Aus diesem Grunde fragen wir: Sind Sie bereit, Maßnahmen zu treffen, daß der Finanzminister die Gründe angebe, aus denen er die Ausgabe von Pässen verweigert, und daß Normen angegeben werden, nach denen er sich zu richten hat? Sind Sie bereit, die Namen jener Firmen mitzuteilen denen bis zum heutigen Tage Pässe ausgegeben wurden, damit wir die Nichtigkeit des Vorganges in dieser Sache beurteilen können? Sind Sie bereit, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache unverzüglich einzuschreiten?"

Starker Rückgang der Kohlenzufuhren.

Seit einigen Tagen ist fast gar keine Kohle aus Oberschlesien und aus dem Ostrauer Gebiet für Zwecke des Bahnbetriebes eingetroffen. Die Befehung von Oberberg durch die Czechen und die Kämpfe, welche sich zwischen den czecho-slowakischen und polnischen Truppen abspielten, hatten eine fast völlige Stilllegung der Kohletransporte über Oberberg im Gefolge. Gestern und heute sind nur einzelne Waggons obereschlesischer und Ostrauer Kohle eingetroffen, welche für die Zwecke der Bahnen bestimmt werden. Auch die Zufuhren für die Gas- und Elektrizitätswerke an Kohle sind stark zurückgegangen, allerdings nicht in dem Ausmaße, wie es bei der Bahnkohle der Fall gewesen ist. Unter diesen Umständen läßt sich auch ein Termin für die Inbetriebsetzung der Stadtbahn noch nicht angeben.